

Integration – ein fauler Zauber

Von Stefan Howald*

Darfs eine mehr oder weniger freiwillige Integrationsvereinbarung sein, oder muss es doch ein verbindlicher Integrationsvertrag werden? Auf jeden Fall ist Integration gegenwärtig in aller Munde. Der Bundesrat hat sie zu einer Hauptaufgabe erklärt. Alle Parteien vertreten und fordern sie, wiewohl mit unterschiedlichem Inhalt und unterschiedlichen Mitteln.

Integration war einmal ein Gegenkonzept zur Assimilation. Assimilation, das Aufgehen einer fremden Gemeinschaft im Gastland, die bedingungslose Preisgabe einer Kultur, wurde nicht nur als ungerechtfertigter Zwang, sondern auch als kontraproduktiv erkannt. Integration versprach dagegen einen Prozess, der nicht ganz so einseitig verlief, sondern auch vom Gastland Vorleistungen abverlangte und den zu Integrierenden positive Beiträge zur neuen Heimat zubilligte.

Mittlerweile hat sich die Bedeutung verschoben. Auf der politischen Rechten wird Integration mit dem alten Inhalt der Assimilation gefüllt; die SP will an einer liberaleren Interpretation festhalten und tappt dabei in die Falle einer veränderten Diskussionslage. Denn Integration wird zusehends zur Einbahnstrasse. Die andern sollen etwas liefern, dann werden sie von uns gnädig akzeptiert.

Dabei waren Wort und Konzept von vornherein zweideutig. Integration heisst ja wörtlich die Wiederherstellung eines Ganzen, und darin schwingt die ursprüngliche Bedeutung einer reinen, «integren» Einheit mit. Doch ein Land, eine Nation, sind kein einheitliches Ganzes. Sie sind eine Vielfalt unterschiedlicher Interessen und Lebensstile. Wer das Gegenteil behauptet, macht sich und andern etwas vor.

Schweizer Sitten und Gebräuche

So spricht das neue Ausländergesetz von Schweizer Sitten und Gebräuchen, die es bei der Integration zu respektieren gelte. Was müssen wir uns unter solchen Schweizer Werten vorstellen? Kirchen mit Kirchtürmen, aber ohne Gläubige? Köbi Kuhn und Blerim Dzemaili? Swiss allein oder als Anhängsel der Lufthansa? Musikantenstadel oder Music Star? Abzocker-

Löhne und Max-Havelaar-Bananen? Bilateraler Weg, weltoffene Solidarität oder Steuerfluchtgelder? Das Sturmgewehr im Schrank?

Nun kann man sich gestandene Mannen nicht richtig vorstellen, wie sie abends ihr Sturmgewehr liebkosen, und bei dieser abstrusen Debatte geht es ja, wie bei Minaretten und Kopftüchern, nicht um konkretes Verhalten, sondern um Symbole der Abgrenzung. Wir Schweizer sind die mit den Sturmgewehren, und die andern sind die ohne Sturmgewehre. (Dafür haben die vielleicht Pistolen oder Klappmesser. Das zeigt erneut, dass sie GANZ ANDERS sind.)

So werden Unterschiede zu kulturellen erklärt. Im Tages-Anzeiger hiess es kürzlich anlässlich einer so genannten Problemklasse, 17 der 22 Klassenmitglieder stammten «aus dem Balkan und angrenzenden Gebieten». Was war wohl damit gemeint: aus Österreich? Natürlich nicht. Sondern: aus dem wilden Osten. Ein kulturelles Stereotyp wurde zur Abgrenzung verwendet. Zunehmend müssen solche «kulturellen Unterschiede» zur Übertünchung sozioökonomischer Differenzen herhalten. Denn man hätte die Problemschüler ja auch als «die 17 mit den geringeren Aussichten auf Lehrstellen» beschreiben können.

Allerdings spielen Integrationsforderungen keinerlei Rolle, wenn es um die englisch sprechenden Weltbürger der globalen Dienstleistungsindustrie geht, die von der Schweiz vor allem die gut funktionierende Infrastruktur, die tollen Confiserien und die amerikanische Schule für ihre Kinder kennen. Und ersetzt ein russischer Oligarch, der angeblich nicht in seiner in der Schweiz domizilierten Firma arbeitet, die fehlende Integration am Arbeitsplatz durch den Kauf von möglichst vielen Schweizer Aktien?

Desintegration von oben

Tatsächlich zerfällt der bürgerliche Gesellschafts- und Solidarvertrag zusehends. Denn die Desintegration wird von oben kräftig vorangetrieben. Die neue Wirtschaftselite versteht die Gesellschaft wieder einmal als Selbstbedienungsladen. Der Steuerwettbewerb zwischen den Kantonen unterhöhlt die föderalistischen Bande. Im Börsencasino wird ohne Rücksicht auf die Verluste anderer gespielt. So kommt es, dass sich die Hausbank nicht für den eigenen Kunden sondern für den schnellen Reibach entscheidet.

Die aggressive Forderung oder der positiv ausgedrückte Wunsch nach Integration sind ein fauler Zauber. Oben wird Integration souverän missachtet, und unten soll sie der Anpassung dienen. Deshalb taugt das Integrationskonzept nicht mehr. Eine Gesellschaft ist von unterschiedlichen Interessen und Lebensformen durchzogen; sie ist auf Vielfältigkeit angewiesen und muss das Zusammenleben ihrer Mitglieder immer aufs Neue aushandeln, vielfältig und spannungsvoll, schwierig und anregend. Wir leben zusammen auf der Basis von Grundrechten, von Mechanismen des Diskutierens, des Verhandeln und des Ausgleichs, der politisch und juristisch verfassten Teilnahme

Ist das naives Gutmenschentum, wie von rechts gehöhnt wird? Nun, es ist realitäts- und menschengerechter als die Illusion einer «integralen» Nation. Zusammenleben braucht Zeit. Die Schweiz weist in Westeuropa mit 12 Jahren Aufenthalt die längsten Fristen als Vorbedingung zur Einbürgerung auf. Sollten diese 12 Jahre Leben in einer Gesellschaft tatsächlich spurlos geblieben sein? Das wäre ein Armutszeugnis für uns.

Was hiesse die Entstehung von kulturellen Parallelgesellschaften? Nicht erstrebenswert, aber letztlich die Entscheidung einer Gemeinschaft, sofern sie im juristisch verfassten Rahmen verbleibt. Im Übrigen haben wir solche Parallelgesellschaften längst, am Zürichberg oder in Steuerenklaven in der Innerschweiz.

Und wie steht es mit der Gleichberechtigung der Frauen, die plötzlich erstaunlich viele Feministen in andern Kulturen vermissen? Nun, die gilt im Rahmen unserer Verfassung für alle, so wie der Arbeitgeber endlich den Grundsatz «Gleicher Lohn für gleiche Arbeit» verwirklichen sollte. Die konkreten Formen, mit oder ohne Kopftuch, regelt das Leben.

Es geht um Teilhabe, auf dem Arbeitsmarkt und dem politischen Forum, auf dem Fussballplatz und in der Disco, oder in der Gemeindebibliothek. Aktive und gleichberechtigte Teilhabe, nicht Integrationsverträge mit Integrationsnormen.

* Stefan Howald, Schweizer, hat 11 Jahre lang in England gelebt, gearbeitet und sich engagiert, ohne Integrationsvertrag.

Dieser Text erschien als Meinungsbeitrag in der Tages-Anzeiger, Zürich, vom 7. Juni 2007